



Volksinitiative STOP Olympia Hamburg

Ich fordere Bürgerschaft und Senat auf, die Bewerbung der Freien und Hansestadt Hamburg um die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele im Jahr 2024 zu stoppen. Zum Olympia-Referendum 2015 soll diese Initiative mit ihren Argumenten gegen die Olympia-Bewerbung in das Informationsheft aufgenommen werden.

Begründung

Die im Allgemeinen mit Olympia verbundenen Ideen von Frieden, Fairness und Völkerverständigung spielen heute nur noch eine untergeordnete Rolle. Kommerzielle Interessen stehen im Vordergrund. Der Senat macht gar keinen Hehl daraus, dass er ein teures Stadtentwicklungs- und Infrastrukturprojekt betreibt. Der Weg für Investoren soll geebnet werden. Das IOC hat steuerfreie Einnahmen in Milliardenhöhe, vor allem aus dem Verkauf von Fernsehrechten. Die Erfahrungen zum Beispiel in London, Barcelona und Athen zeigen, dass für die Ausrichterstädte die negativen Auswirkungen überwiegen:

- [Es sind massive Kosten in Höhe von mehreren Elbphilharmonien zu befürchten.
- [Das Internationale Olympische Komitee (IOC) bestimmt über Verträge die Bedingungen einseitig. Hamburg wird weitgehend die Kontrolle über die Ausrichtung der Spiele entzogen.
- [Der Senat kann belastbare Daten und Zahlen nach eigenem Bekunden rechtzeitig vor dem Zeitpunkt der Abstimmung im November 2015 nicht vorlegen. Ohne Kenntnis aller Fakten kann es nur ein NEIN zu Olympischen Spielen in Hamburg geben.
- [Olympische Spiele werden von Wirtschaft und Politik zum Vorwand genommen, in extrem kurzer Zeit einen umfassenden Umbau der Stadt zu betreiben. Die stadtentwicklungspolitischen, sozialen, ökologischen und verkehrspolitischen Folgen sind nicht absehbar. Es ist zu befürchten, dass die Spaltung der Stadt in Arm und Reich sich weiter verschärft.
- [Es gibt noch kein endgültiges Sicherheitskonzept. Bereits weit im Vorfeld werden 1,38 Milliarden Euro Kosten genannt. Das Risiko von Kostensteigerungen ist groß. Es besteht die Gefahr empfindlicher Einschränkungen von Freiheit, Bürgerrechten und Datenschutz.
- [Die Verlagerung der Hafenerbetriebe vom Kleinen Grasbrook sowie dessen Herrichtung und Bebauung ist ein Milliardenprojekt mit erheblichen Kostenrisiken. Die Folgen für Menschen, Umwelt und Hafen sind unabsehbar.

Kosten in der Größenordnung mehrerer Elbphilharmonien

Der Erste Bürgermeister Olaf Scholz versichert: „Wir werden die Kosten benennen, die man zum Zeitpunkt des Referendums nennen kann.“ Das heißt: Zum Zeitpunkt des Referendums sind die Kosten nicht seriös abschätzbar. Bis zum 29. November 2015 kann Hamburg sich allenfalls einen groben Überblick über die Kosten der eigenen Projektplanungen in erster Linie für die Sportstätten machen.

Hamburg wird sich nicht gegen das übermächtige IOC durchsetzen können, das sich und seinen exklusiven Sponsoren ein Maximum an Privilegien einräumt. Die Stadt wird einen Teil ihrer Haushaltshoheit an das IOC abgeben und hat keinen Einfluss mehr auf die in aller Regel erst danach explodierenden Kosten – bei weitgehender Verpflichtung zur Übernahme von Defiziten.

Sittenwidrige Knebelverträge des IOC

In München hat ein Rechtsgutachten den an die Öffentlichkeit gelangten Host-City-Vertrag über die Ausrichtung der Spiele 2018 erst kurz vor der Entscheidung des IOC im Jahr 2011 als sittenwidrigen Knebelungsvertrag eingestuft – wie zuvor bereits in Salzburg. In Oslo wurde 2014 erstmals der gesamte Vertrag – einschließlich der über 5.000 Seiten langen „Technischen Anleitungen“ – veröffentlicht. Die Empörung über die Privilegien, die sich das IOC eingeräumt hatte, schlug so hohe Wellen, dass Oslo die Bewerbung zurückzog. In München waren im Jahr 2013 die Erkenntnisse aus der Bewerbung 2018 der Wegbereiter für das Scheitern der Bewerbung 2022 in einem Bürgerentscheid.

Keine Kosten- und Vertragstransparenz

Die angekündigte Veröffentlichung des Hamburger Host-City-Vertragsentwurfs vor dem Referendum im November kommt viel zu früh, um die Vertragsinhalte wirklich beurteilen zu können. Das IOC kann jederzeit einseitig Veränderungen vornehmen. Und die „Technischen Anleitungen“ sollen nicht veröffentlicht werden. Was also bei der Entscheidung des IOC über die Bewerbung im Spätsommer 2017 unterschrieben werden soll, ist bei der Abstimmung im November nicht transparent. Das ist inakzeptabel.

Der Senat will sich im Eilverfahren von den Hamburgerinnen und Hamburgern bereits Ende November 2015 einen Blanko-Scheck für die Olympia-Bewerbung holen, bevor die Zahlen und Fakten auf dem Tisch liegen. Diese Entscheidung soll endgültig sein. So wird das Olympia-Referendum zur Farce, so kann es jetzt nur ein NEIN zur Olympia-Bewerbung geben.

Mietsteigerungen, Grundstücksspekulationen, Verdrängung

Ziel des Senats ist es, Hamburg mit der Olympia-Bewerbung international bekannter zu machen. Das ist kein Selbstzweck, sondern vor allem Werbung um Investoren, etwa für die Erweiterung der Hafen-City auf dem Kleinen Grasbrook. Hamburg soll noch mehr vermarktet werden, auch touristisch. Die Folgen dieser Politik der wachsenden Stadt spüren wir bereits jetzt: Die Mieten steigen, Grundstücke werden zu Spekulationsobjekten, Menschen werden aus ihren Stadtteilen verdrängt.

Im London hat die Verdrängung aus dem East End lange vor den Olympischen Spielen begonnen. Mietsteigerungen bis zu 30 Prozent werden mit Olympia in Verbindung gebracht. Auch in Hamburg werden sich diese Effekte bereits in der Bewerbungsphase verstärken. Die ca. 3.000 Wohnungen, die aus dem Olympischen Dorf vielleicht in zehn Jahren auf dem Kleinen Grasbrook entstehen, werden nicht zu einer spürbaren Entlastung des Miet- und Immobilienmarktes führen.

Mehr Verlierer als Gewinner

Die sozialen Folgen für die Menschen in Hamburg sind vorhersehbar: Es wird mehr Verlierer als Gewinner geben. Der Erste Bürgermeister Scholz hat erklärt, dass aufgrund der Olympischen Spiele „keine soziale Einrichtung geschlossen werden wird.“ Eine solche Aussage ist zehn Jahre im Voraus wenig verlässlich. Stattdessen geht Hamburg ein enormes Kostenrisiko für ein gigantisches Event ein, von dem in erster Linie das IOC und einige große Konzerne profitieren, aber nur wenige Menschen in der Stadt etwas hätten.

Keine spürbaren Verbesserungen für Breiten- und Schulsport

Nicht einmal im Sport ist zu erwarten, dass es nur Gewinner gibt. Von den geplanten Olympischen Wettkampfstätten werden die großen Vereine und Leistungszentren profitieren. Auch der Ausbau von Sportanlagen für Trainingsstätten wird einen positiven Effekt haben. Der Breiten- und Schulsport hat Engpässe in der Belegung der Sportanlagen, die dadurch nicht behoben werden. Bei weitem nicht alle Sportstätten und Sanitäranlagen, die es dringend bräuchten, werden saniert.

Hochsicherheitstrakt Hamburg

Die schöne Vorstellung, dass wir eine anregende Atmosphäre mit vielen internationalen Gästen genießen können, zerbricht daran, dass Hamburg als hochgradig terrorgefährdet eingestuft werden wird, und zwar schon lange vor der Eröffnung der Spiele.

Kommt Olympia nach Hamburg, wird die Stadt für mindestens 1.38 Milliarden Euro zur Festung ausgebaut: Polizeisperren, Gefahrengebiete, schwerbewaffnete Uniformierte und verstärkte Kameraüberwachung sind nur einige Beispiele, wie Freiheit, Bürgerrechte und Datenschutz ausgehebelt werden. In London postierte das britische Militär sogar Luftabwehrraketen auf Hausdächern. Die Folgen gehen weit über Olympia hinaus: Überwachungskameras und Datenbanken bleiben als Sicherheitserbe weiterhin im Einsatz.

Gefährdung der Umwelt durch die Verlagerung der Hafenbetriebe

Die Olympischen Spiele in Hamburg machen eine Verlagerung der Hafenbetriebe vom Kleinen Grasbrook erforderlich. Im Hamburger Hafen gibt es keine Flächen, die die Hafenwirtschaft aufgeben will. Deshalb wird zum Beispiel an die Zuschüttung des Travehafens gedacht. Doch auch dort sind Betriebe ansässig, die nicht verlagert werden wollen. Und die Zuschüttung wäre ein ähnlich schwerer Eingriff in die Elbe wie die Elbvertiefung.

In einer Absichtserklärung hat der Senat den Hafenbetrieben Ersatzflächen auch außerhalb des Hafennutzungsgebietes in Aussicht gestellt. Entschieden wird darüber aber erst im Herbst 2017. Wo Flächen ohne den Verbrauch von Grün- und Naturflächen gefunden werden sollen, hat der Senat bislang nicht dargestellt.

Belastung des Klimas

Der Senat verspricht nachhaltige Spiele und umweltschonendes Bauen in Hamburg. Ob dies angesichts von Sponsoren wie Coca-Cola und McDonald's gegenüber dem IOC durchsetzbar ist, ist zweifelhaft. Der Flugverkehr wurde bei den bisherigen Klimaschutz-Planungen nicht bedacht, ebenso wie der (Teil-)Abriss der Stadien und Sportstätten. Insgesamt ist zu befürchten, dass Millionen Tonnen von CO₂ produziert werden – trotz eines als nachhaltig angepriesenen Konzepts. Die Folge für Hamburg: Noch dickere Luft.

Aufnahme der Argumente gegen die Olympia-Bewerbung in das Informationsheft zum Referendum

Während Bürgerschaft und Senat sich eine teure Werbekampagne für die Olympia-Bewerbung leisten, bekommen Gegeninitiativen keinen Cent. Die auf Emotionen setzende Werbung lässt Sachlichkeit vermissen. Für das Informationsheft zur Abstimmung ist im Grundsatz keine Ausgewogenheit in der Darstellung der Argumente vorgesehen. Die angekündigte Fairness bei diesem Verfahren ist nicht erkennbar. Deshalb ist es wichtig, darauf hinzuwirken, dass Argumente gegen die Olympia-Bewerbung in das Informationsheft zum Olympia-Referendum aufgenommen werden. Die Unterschrift unter die Volksinitiative ersetzt jedoch nicht die Abstimmung beim Olympia-Referendum. Daher gilt: Jetzt unterschreiben – am 29. November 2015 mit „Nein“ stimmen!